

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz, Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 100, Telefon 32423 • Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 10

Düsseldorf, den 7. März 1925.

Jahrgang 1925

## Was steht auf dem Spiele?

### Was bedeuten die bevorstehenden Betriebsrätewahlen für die gesamte Arbeiterschaft?

Diese Frage ist gar nicht schwer zu beantworten. Die Teilnahme der Arbeiterschaft an den Wahlen ist gleichbedeutend mit dem Interesse, das die Arbeiter am Betriebsrätewesen überhaupt nehmen. Bei den Wahlen muß es sich zeigen, ob die Arbeiter die Bedeutung des Betriebsrätegedankens erkannt haben. Sind sie mit ganzer Seele bei den Vorbereitungen zur Wahl und bei der Wahl selber, dann ist das ein Beweis für die Einsicht und die Erkenntnis der Arbeiterschaft in einer für sie lebensnotwendigen Frage. Verhalten sie sich dagegen gleichgültig, so zeigen sie dadurch der Öffentlichkeit, daß sie für eine durch Gesetz und Recht geschaffene Betriebsvertretung kein Verständnis besitzen und darum nicht einer so ungemein bedeutungsvollen Errungenschaft, wie es das Betriebsrätegesetz in der Tat darstellt, würdig sind. Ueber eines muß sich die Arbeiterschaft vollkommen klar sein:

#### Die zahlreichen Gegner des Betriebsrätegesetzes,

vor allem jene aus den Schärsmacherkreisen im Arbeitgeberlager, werden bei den in kürzester Zeit zu tätigenenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen die Haltung der Arbeiterschaft im Argusaugen bemerken. Die Arbeiter, die den Wahlen gegenüber sich passiv verhalten, liefern dadurch den Feinden der Arbeiterschaft nur Wasser auf die Mühlen.

Was eine geordnete Betriebsvertretung der Arbeiterschaft für ungemein große Dienste leisten kann, das ist allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich noch ein gerechtes Urteil bilden können, kein Geheimnis mehr. In einer fünfjährigen Betriebsrätepraxis hat sich das in unzähligen Fällen erwiesen. Wenn heute da und dort das Interesse für das Betriebsrätewesen in Arbeiterkreisen nicht mehr so ganz rege ist als wie noch vor einigen Jahren, so liegt das zum Teil mit daran, daß diese Kreise bedauerlicherweise schon zu halb vergessen haben, wie ohnmächtig und wie rechtlos in jeder Beziehung die Arbeiterschaft in manchen Betrieben vor dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes gewesen ist.

Unsere älteren Kolleginnen und Kollegen werden noch ein trauriges Lied davon singen können, wie in der Vorkriegszeit in den meisten Werken mit den Arbeitern umgeprungen wurde. Zahlreiche Kämpfe der Gewerkschaften, die zuweilen wochen- ja monatelang geführt werden mußten, hatten zum Ziel die Anerkennung der Arbeiterausschüsse durch die Unternehmer. Viele tauende aufrechte Männer und Frauen, die Mitglieder der Arbeiterausschüsse waren, wurden von den Schärsmachern im Arbeitgeberlager in brutaler und rücksichtsloser Weise um Arbeit und Brot gebracht. Ein gesetzlicher Schutz vor unberechtigter Entlassung der Arbeiterausschüsse gab es zu jener Zeit noch nicht. Daraus allein schon erhellt, wie groß die Bedeutung eines Betriebsrätegesetzes für die Arbeiterschaft ist, das ja bekanntlich die Betriebsräte vor unberechtigter und ungesetzlicher Entlassung schützt.

In den fünf Jahren des Bestehens des Betriebsrätegesetzes haben die

Betriebsräte der Arbeiterschaft unschätzbare Dienste leisten können.

Erst in einer späteren Zeit wird die Arbeiterschaft das besser zu würdigen verstehen. Es ist darum nur tief bedauerlich, daß es trotzdem noch Arbeiter gibt, die ihren eigenen Vertretern im Betriebsrat nicht das zu einer ersprießlichen Arbeit notwendige Vertrauen entgegenbringen. Viel schlimmer noch ist aber, daß es Belegschaften gibt, die durch eine unausgesetzte Politik der Nadelstiche gegen ihre eigenen Vertreter den noch arbeitsfreudigen Betriebsratsmitgliedern die Arbeit vereckelt haben. Durch diese verabscheuungswürdigen Handlungsweisen haben die betreffenden Belegschaften nicht nur ihre eigenen Interessen schwer gefährdet, sondern darüber hinaus das Ansehen des ganzen Arbeiterstandes ungemein geschädigt.

Ganz unbestritten bleibt, daß auch manche Unternehmer es meisterhaft verstanden haben, eine geordnete und für die Arbeiter gegenwärtige Betriebsrätearbeit zu unterbinden. Es waren das vor allem jene Arbeitgeber, die durch Lockungen und durch äußerliches weites Entgegenkommen die Betriebsräte von ihren eigentlichen Aufgaben loslösten und sie zu

Kartoffeleinkäufern, Kantinenverwaltern und Werkspolitzisten machten. Diese Arbeitgeberaktiva hatte bedauerlicherweise in nur zu vielen Fällen Erfolg. Bezeichnenderweise fielen die mortradikalsten Schreier als erste auf diesen Köder der Arbeitgeber herein. Damit verstärkten diese Radikalen das Geschrei von dem Verlagen der Gewerkschaften.

Die Betriebsrätearbeit ist ein schwerer und mühseliger Dienst für das gemeinsame Wohl der Arbeiterschaft.

Die Arbeiterschaft muß verstehen lernen, wie schwierig ihren Vertretern die Erfüllung ihrer Aufgaben gemacht wurde und heute noch gemacht wird. Das unausgesetzte Sturmlaufen der Arbeitgeber gegen das Betriebsrätewesen ist der beste Beweis für die Notwendigkeit, daß die gesamte Arbeiterschaft in ihrem ureigensten Interesse viel lebhafteren Anteil nehmen muß an dieser zu ihrem eigenen Besten geschaffenen Einrichtung. Warum wird denn von Arbeitgeberseite das Betriebsrätegesetz nicht nur ununterbrochen schärf kritisiert, sondern warum wird gerade von dieser Seite eine grundlegende Aenderung und sogar vollständige Beseitigung des Betriebsrätegesetzes gefordert? Doch nur deswegen, weil in den fünf Jahren Betriebsrätepraxis sich aller Welt klar und deutlich gezeigt hat, daß durch die Betriebsräte direkte Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft verwirklicht werden können. Diese Tatsache allein sollte allen Arbeitnehmern Veranlassung sein, gerade in der gegenwärtigen Zeit mit aller Wärme und mit aller Entschiedenheit die Grundsätze des Betriebsrätegesetzes zu beachten und zu fördern.

Das Betriebsrätegesetz wird besonders zur Zeit von den Arbeitgeberverbänden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft. Hiebemüht und mit zäher Energie wird von jener Seite der Kampf geführt. Er wird in der Hauptsache aus dem Grunde mit der von den Arbeitgeberverbänden bekannten Rücksichtslosigkeit geführt, weil das Betriebsrätegesetz Rechte birgt, die die Unternehmer nicht anerkennen wollen. Träger des Betriebsrätegesetzes sind die Gewerkschaften. Der § 8 des Gesetzes behält den wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten ausdrücklich die Befugnis vor, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Ohne den Rückhalt der gewerkschaftlichen Organisationen würden die Betriebsräte in der Luft schweben. Keine Unterrichtung über den Sinn des Gesetzes, keine Aufklärung in Streitfragen, kein Eingreifen in Bewegungen wäre möglich, wenn nicht die Gewerkschaften dem Betriebsrat zur Seite stehen würden.

Das Gesetz geht von der allein richtigen Voraussetzung aus, daß die Gewerkschaften Träger der Betriebsräte sind und daß in diesen nur gewerkschaftlich organisierte Mitglieder tätig sein können. Ohne die Stütze der gewerkschaftlichen Organisation wären die Betriebsvertretungen der organisierten Macht der Unternehmer willenlos preisgegeben. Dieses Recht der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. Daraus erklärt sich zum allergrößten Teile ihre heftige Gegnerschaft. Darum versuchen sie mit allen Mitteln die Abdrängung der gewerkschaftlichen Organisationen von ihren gesetzlichen Rechten durch die Betriebsräte. Und die Arbeitnehmer? Haben sie die Absicht noch nicht begriffen? Es wäre tief bedauerlich, wenn die Politik der Unternehmer siegen würde.

Der im vorigen Jahre zu Prag stattgefundene Internationale sozialpolitische Kongress hatte in einer Entschliessung auf Grund der Bewahrung des Betriebsrätegesetzes in Deutschland die

Einführung der Betriebsvertretungen auch in den anderen Ländern

gefordert. Die deutschen Arbeitgeberverbände setzen nun alles in Bewegung, um ihren Widerstand gegen die Festigung der Betriebsvertretungen in Deutschland in beschleunigtem Tempo zu organisieren. Wie das erreicht werden soll, sagt mit aller nur wünschenswerten Klarheit ein Aufsatz „Die Betriebsgemeinschaft“ von Dr. jur. Hermann Meisinger, Berlin, in der Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ Nr. 2/1925. Der Verfasser kommt in seinen Darlegungen zu folgendem Ergebnis:

„Zwischen die bisherige These der Organisationspolitik und die Antithese reiner Betriebspolitik ist die für uns allein gangbare und nützbringende Synthese der Betriebsgemeinschaft mit eigenen Betriebsaufgaben als gleichberechtigter Faktor unserer Arbeits- und Wirtschaftsverfassung neben die Organisation zu stellen. Wahre Konstitutionsfreiheit muß das hebräer Gewerkschaftsmonopol beseitigen. Betriebsvereinbarungen und Regelung einer, aus der freien Praxis sich dieser Regelung zugänglich erweisender Betriebsvereinbarungen sind neben dem Tarifvertrag gleichberechtigt zuzulassen. Nur feste Tarifverträge, von freien, keinem praktischen Kontraktionszwang unterworfenen Dreipartitionen abgeschlossen, bürgen für die tarifangehörigen Betriebe ein Übergewicht über die Betriebsvereinbarung haben. So stellt sich die Betriebsgemeinschaft gleichwertig neben die Tarifgemeinschaft, falls sie sich in das Gebilde einer gemeinsamen Betriebsgemeinschaft, die kein Organisationsmonopol kennt und dem Betriebe gibt, was des Betriebes sein muß, weil die Wirtschaft über der Organisation steht.“ (Die Hervorhebung einzelner Stellen im Zitat haben wir verändert. D. Schriftl.)

Mit dieser Offenherzigkeit hat Herr Meisinger die Kage aus dem Sack springen lassen. Nun müssen alle deutschen Arbeitnehmer wissen, woran sie sind. Was die Arbeitgeber wollen, ist die Schaffung der Betriebsgemeinschaft an Stelle der Arbeitsgemeinschaft. Darum wird in dem vorstehend zitierten Aufsatz auch mit allem Nachdruck der freien Regelung das Wort geredet. Die Absicht der Arbeitgeber geht dahin, den Einfluß der Gewerkschaften beim Abschluß von Tarifverträgen vollkommen auszuschalten. Jedes Recht der Gewerkschaften soll radikal beseitigt werden. Mit der Errichtung und Förderung gelber Werkvereine suchen die Arbeitgeber sich ein ihnen zweckmäßig Instrument zu schaffen. Als letztes Ziel schwebt ihnen vor die

#### Abkündigung des Betriebsrätegesetzes

und damit Verkümmern des Arbeiterschutzes und Wiedereinführung des Einzelarbeitsvertrages durch den einzelnen Arbeitgeber.

Schon heute versuchen Arbeitgeber, durch besondere Betriebsvereinbarungen die Tarifverträge zu umgehen. Höhere Gehaltsätze werden nicht mit den Gewerkschaften, sondern im Betriebe vereinbart. Damit wollen die Arbeitgeber allgemein glauben machen, daß freiwillig viel mehr zu bieten sei, als durch Gesamtvereinbarungen. Es ist ihnen also sehr wohl möglich, höhere Löhne zu zahlen, obgleich sie es den Gewerkschaften gegenüber immer bestreiten. Sogar die Anwendung dieses Mittels lassen sich die Arbeitgeber etwas kosten, um nur ihr Ziel zu erreichen, die Gewerkschaften vollständig auszuschalten zu können. Selbstverständlich wissen sich diese Arbeitgeber schon schadlos zu halten, indem sie später von den einzelnen Arbeitnehmern den Gewinn doppelt und dreifach zurücknehmen.

Mit dem hier Dargelegten dürfte wohl allen Mitgliedern die Bedeutung der nahe bevorstehenden Betriebsrätewahlen klar geworden sein. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen ausnahmslos sind an diesen Wahlen überaus stark interessiert. Für die Gesamtarbeiterschaft stehen die bedeutungsvollsten Errungenschaften des letzten Jahrzehnts auf dem Spiele. Die Pläne der Arbeitgeber auf eine Rechts- und Wehrlosmachung der Arbeitnehmer müssen zu schanden gemacht werden. Die Betriebsrätewahlen werden ein Gradmesser sein für die innere Teilnahme der Arbeiterschaft am Betriebsrätegedanken. Soll die Pionierarbeit der Betriebsräte Erfolg haben, so müssen weiteste Mitgliederkreise ihre Arbeit stützen und tragen. Nicht nur einige Wenige dürfen sich mit den hier erörterten wichtigen Fragen beschäftigen. Betriebsdemokratie setzt voraus, daß die Arbeitnehmerschaft in ihrer Gesamtheit reif ist für die ihr übertragenen Rechte.

## Der Wille, im Betriebe u. in der Wirtschaft mit zu bestimmen

soll nicht nicht nur eine dünne Schicht weitblickender Arbeiter erfassen, sondern muß Gemeingut des ganzen Arbeiterstandes werden. Darum ist unter allen Umständen zunächst dringend notwendig die lebhafteste Teilnahme der Gesamtarbeiterschaft an den in den nächsten Tagen und Wochen zu tätigenenden Betriebsrätewahlen.

# Unser Mitbestimmungsrecht im Betriebe

gewählt wird. Darum muß ohne Verzug mit den Vorbereitungen für die Betriebsratswahlen überall begonnen werden.

ist gefährdet, wenn nicht demnächst in allen Betrieben wieder eine geordnete Vertretung der Arbeitnehmer

## Die „Selben“ und das Betriebsrätegesetz.

Dem freien Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer im Betrieb und in der Wirtschaft sind viele Gegner entstanden. Wir haben das schon des öfteren in unserer Zeitung geäußert. In dem Aufruf zu den diesjährigen Betriebsratswahlen wendet sich unsere Verbandsleitung an alle Mitglieder und spornet sie an, mit allen Kräften die Ansprüche der Gewerkschaften des Betriebsratgesetzes abzuwehren. Wie sich die „Selben“ einen Betriebsrat vorstellen, geht aus folgendem Dokument hervor, das wieder einmal einen interessanten Beitrag über die finanzielle Unabhängigkeit der Selben liefert.

Berlin, SW. 68, Alexandrinenstr. 37 II.  
An unsere Vereinsvorstände!

Liebe Kameraden!

In der Anlage überleben wir euch im Auftrage des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände eine Einladung zur vaterländischen Betriebsräte-Tagung. Da die Angelegenheit schon mehrfach angekündigt war, so werdet ihr euch wohl schon damit beschäftigt haben, ob und wie ihr jemand zu der Tagung entsenden könnt und wollt. Immerhin wird die Tagung in der Öffentlichkeit großes Interesse erwecken, da es doch nach sechs Jahren „Kampfbüchlein“ um die Erkenntnis möglich gemacht ist, eine vaterländische Betriebsräte-Tagung einzuberufen. Deshalb muß also unter allen Umständen überall dort für Teilnahme gesorgt werden, wo Mitglieder unserer Organisation als Betriebsräte tätig sind. Wir können nur, daß auch in Unternehmen, deren wirtschaftliche Lage sich in der Tagung verschlechtern wird, die Beteiligung der Mittel für die Entsendung der Betriebsratsmitglieder nicht allzu schwer sein dürfte.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine.

gez. Wilhelm Schmidt, M. d. L., Bundesvorsitzender.

gez. F. Heß, Reichsgeschäftsführer.

gez. A. Wiedemann, M. d. L., Landesobmann."

Also die Unternehmen sollen die Kosten für die Teilnahme an der vaterländischen Betriebsräte-Tagung tragen. Was diese von der Unternehmensgröße abhängigen Betriebsräte für die Arbeiter leisten sollen, wird sich ungefähr in dem Rahmen abspielen, den Dr. Erich Schmidt in seinem Vortrag auf dem „ersten vaterländischen Betriebsräte-Kongress“ zeichnete.

„Schwerindustrie, Telegraphen-Union“ schreibt über den Vortrag folgenden Abschnitt: „Die Tagung des vaterländischen Arbeiterkongresses, die vom Reichsministerium geplanten Arbeitstagesverordnung. Den Betriebsräten sollen aber höhere Rechte eingeräumt werden. Sämtlich, die vaterländische Arbeiterbewegung fordert eine ganz andere Stellung der Betriebsräte. Fraglich ist nur, was man jeweils unter „anderer Stellung“ versteht. Schmidt verlangt für die Betriebsräte die Möglichkeit, in Betriebsvereinbarungen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten regeln zu können, das heißt, Beschäftigung unseres heutigen Tarifrechtes. Die Hauptfrage der Selben wollen bewegt die Gewerkschaften ausschließen und alles auf dem Betriebe aufbauen. Das heißt in Wirklichkeit völlige Ausräumung der Betriebsräte an die schmarotzerischen Arbeitgeber.“

Den Selben darf es nicht gelingen, in der Textilindustrie Fuß zu fassen. In den Mitbestimmungsorganen der Arbeitnehmer haben sie keine Bedeutung zu suchen. Die Betriebsratswahlen müssen den Zentralgewerkschaften auf der ganzen Linie Erfolge bringen.

## Eine bedeutende Kundgebung gegen das Wohnungsgesetz.

In M-Glabbad sind am 11. Februar eine überaus einflussreiche Kundgebung von Vertretern aller interessierten Organisationen statt, die sich gegen das Wohnungsgesetz in M-Glabbad richtete und praktische Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung der Not erörterte. Eingeladen und vertreten waren: die katholische, die evangelische und die israelitische Geistlichkeit, der Bezirksverband, der deutsche Lehrerverein, der katholische Lehrerverein, der Verein katho-

lischer deutscher Lehrerrinnen, die Direktoren der evangelischen Volksschulen, der katholische, der evangelische und der israelitische Frauenbund, der deutsche evangelische Frauenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenbund, der Kommunalbeamtenverband, der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.), der Zentralverband der Angestellten, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, der Bund der Kinderreichen, die Allgemeine Ortskrankenkasse, der Mieterkongress, die Arbeiterwohlfahrt, der Wahlprüfungsausschuß der Arbeiter, die Aktienbankgesellschaft, der Beamtenverein, der Verein zur Förderung der hauswirtschaftlichen Pflege des Stadtbauvereins, der Spar- und Spargewerks, der Anwohner-Verein, der israelitische Wohlfahrtsverband, der Hausfrauenverein, der Reichsverband der Justizbürobeamten und Anwärter.

Die Versammlung wurde geleitet von dem Schriftleiter der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Kollegen Elbes in M-Glabbad. Der Direktor des städtischen Wohnungsamtes von M-Glabbad, Herr Dr. Warisch, hielt das erlösende Referat. Wir können den Raum mangels weizer hier nur einige Angaben des Redners über die allgemeine Wohnungsnot in Deutschland wiedergeben:

Infolge des jahrelangen Bruchlegens des Wohnungsbauamtes hat die Wohnungsnot besonders in den Industriestädten einen Umfang angenommen, der in hygienischer, moralischer und sozialer Hinsicht verheerend wirken muß. Den katastrophalen Rückgang der Bauaktivität während und infolge des Krieges zeigt eine Publikation des früheren kaiserlichen statistischen Amtes vom Juni 1918 (Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt“ Juni 1918 Nr. 6).

Varnach betrug der Zugang an neuen Wohnungen im zusammen 37 deutschen Städten im Jahre 1912 — 61 335, 1914 — 32 330, 1916 — 4685, 1917 — 1722 Wohnungen.

Wäre die Zahl der deutschen Bevölkerung gesunken, dagegen ist eine erhebliche Zunahme der Haushaltungen festgestellt worden. Ganz sicher eine eigenartige Bevölkerungsbewegung, die zur Folge haben muß, daß jede Haushaltung durchschnittlich weniger Personen umfaßt, als vor dem Kriege. Dazu haben vor allem die Geburtenrückgänge der Kriegs- und Nachkriegszeit beigetragen. Die Kriegsverluste haben auf die Zahl der Haushalte nur unmerklich eingewirkt. Denn: War ein Kriegsgefallener verheiratet, so blieb der Haushalt in der Regel aufrecht erhalten. War der Kriegsgefallene unverheiratet, so veranlaßte sein Tod lediglich die Personenzahl eines bestehenden und bestehenden bestehenden Haushaltes.

Die Hauptursache für die Vermehrung der Haushaltungen ist aber in den zahlreichen Eheschließungen zu suchen, die begünstigt durch den Wegfall der Militärpflicht und den verhältnismäßig hohen Verdienst gerade junger Leute, in den Nachkriegsjahren festgefunden haben.

Leider ist es nicht möglich, die Vermehrung in der Zahl der Haushaltungen näher genau zu erfassen. Jedoch hat Stadtbauamt Dr. Ing. Drömmner-Karlensche zur Ermittlung der Haushaltsvermehrungen sehr scharfsinnige und wertvolle Berechnungen angestellt, die ein brauchbares Ergebnis liefern.

Er berechnet, daß 1000 neuverheirateten Ehen regelmäßig 570 Hausanmietungen oder Hausanmietungen aufbauen gegenüberstehen, durch 1000 Eheschließungen also die Zahl der Haushaltungen um 430 vermehrt würde. Da von 1914 bis einschließend 1921 im gegenwärtigen Reichsgebiet 3 950 000 Eheschließungen stattgefunden haben, berechnet Drömmner unter Berücksichtigung der vermehrten Eheschließungen von Vermählten und Geschiedenen, daß sich die Zahl der Haushaltungen von 1914 bis zum 1. Januar 1922 bereits um 1 450 000 vermehrt hat.

Jeder Haushalt braucht aber grundsätzlich eine Wohnung. Dem ohne Wohnung kann bekanntlich im höchsten Maße niemand leben.

Während also auf der einen Seite der Zugang an neuen Wohnungen immer mehr rapide zurückging, stieg auf der anderen Seite infolge der Vermehrung des Haushalts die Nachfrage nach Wohnungen ganz außerordentlich.

Hinzu kam, daß infolge einer völlig verfehlten Mietpreispolitik und der Nichtausführung von notwendigen Repara-

turen der alte Hausbestand zu einem großen Teil stark vermindert, zum Teil sogar baufällig und unbewohnbar wurde. In Deutschland beträgt nach vorsichtiger sachmännischer Schätzung z. B. der effektive Fehlbetrag an Wohnungen mindestens 900 000—1 000 000 Wohnungen.

Der Redner behandelte dann eingehend die besonderen Verhältnisse auf dem Wohnungsgebiete in M-Glabbad. Nach ihm sprachen die Vertreter der oben angeführten Organisationen. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

„Am 9. Februar im Vortragsaal des Volksvereins versammelten Geistlichen aller Konfessionen, Ärzte, Lehrer und Sozialkämpfer weisen vor aller Öffentlichkeit auf das in M-Glabbad herrschende grauenhafte Wohnungsnot hin und auf die furchtbaren sittlichen, gesundheitlichen und sozialen Verheerungen, die aus diesem Elend ganz notwendig entstehen. Sie hatten die in der oben beschlossenen an die Stadtverwaltung gerichtete Eingabe aufgestellte Forderung auf Sicherung von 400 neuen Wohnungen nachfolgende Forderung (1925) für das Mindeste dessen, was geschehen muß. Die Versammelten erwarten von der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung, daß sie alle ihre Kraft, allen Willen und ihre ganze Klugheit auf die Durchführung eines großzügigen Bauprogramms verwenden.“

Die Versammelten appellieren nachdrücklich an die Industrie, an vermögende Private und an die Baugenossenschaften, daß sie ihrerseits den Kampf gegen die Wohnungsnot mit aller Energie aufnehmen. Sie erwarten, daß Stadtverwaltung und Stadtverordnete in der nächsten Sitzung den genossenschaftlichen und den privaten Kleinwohnungsbau durch Kapitalbeschaffung und Darlehenleistungen (in gewissen Fällen Steuerermäßigung, Steuernachschuß und Erlaß der Strafenkosten) weitgehend fördern und unterstützen. Darüber hinaus muß die Stadt selbst sofort neue Wohnungen bauen, als erforderlich sind, um unter allen Umständen die geforderte Gesamtzahl von 400 neuen Wohnungen im Laufe dieses Jahres sicherzustellen. Die Versammelten sind sich durchaus klar darüber, daß die ordentlichen städtischen Einnahmestellen nicht ausreichen, ein großzügiges Bauprogramm in diesem Jahre durchzuführen, daß vielmehr im Wege der Anleihe das notwendige Geld verfügbar gemacht werden muß. Sie halten aber einen wirklichen Kampf gegen die Wohnungsnot für so dringlich, daß nach ihrer Meinung dafür auch fremdes Geld aufgenommen werden kann, das auf eine Reihe von Jahren auch unter Opfern verzinst und amortisiert werden muß. Sie geben der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung zu erwägen, ob die Verzinsung und die Amortisation einer Anleihe für die Bauaktivität nicht zum Teil wenigstens aus jener Summe der Haussteuererlöse gedeckt werden kann, die gesetzlich noch nicht für den Wohnungsbau festgelegt ist.

Zwei Gedanken möchten die Versammelten zum Schluß noch mit besonderem Nachdruck aussprechen, daß nämlich die kulturellen, gesundheitlichen, sozialen und staatspolitischen Erfahrungen gegen die Mißskaferte und für den Wohnungsbauplan sprechen und daß die Kinderreichen prinzipiell vor allen anderen Wohnungsuchenden berücksichtigt werden müssen.

Im Interesse dieser Fragen ist dringend zu wünschen, daß die städtische Baukommission durch weitere Mitglieder ergänzt und zu einer Bau- und Siedlungskommission erweitert wird.“

Die Resolution fand allgemein lebhafteste Aufnahme und wurde später von allen Vertretern der eingeladenen Gruppen unterschrieben.

Eine Kundgebung wie die hier besprochene kann nicht ohne nachhallende Wirkung bleiben. So wie in M-Glabbad müßte in allen Städten und größeren Orten an das öffentliche Gewissen appelliert werden. Es wird hierzu höchste Zeit. Sämtlich sind Bauaktivitäten dieses Art unter allen Umständen notwendig, weil gerade die Stadt- und Gemeindevormalungen auf dem Gebiete der Erstellung von Wohnungen viel zu wenig oder überhaupt nichts leisten, und auch aus dem Grunde, weil mancherorts die Haus- und Grundbesitzvereine durch ihre Verarmungen und Zersplitterungen glauben zu machen zu versuchen, als sei überhaupt eine eigentliche Wohnungsnot nicht vorhanden.

## Was will die Gewerkschaft?

- Befreiung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit.
- Verkürzung der Arbeitszeit und damit Verlängerung des Lebens.
- Erhöhung der Löhne.
- Förderung der Ausübung und Kampf gegen die Fälschung.
- Erhaltung der Mannhaftigkeit und Wahrung des Selbstvertrauens.
- Stärkung der Brüderlichkeit und Erziehung zum Selbstbewußtsein.
- Verbreitung der Solidarität und Vertiefung des Kampfes.
- Die Gewerkschaft steht nach Recht und Gesetz das Recht ab.
- Was will die Gewerkschaft?
- Wer das will, der setze zu seinem Verstand in Freud und Leid!

## Vom Sinn der Gewerkschaft.

Von Anton Heinen.

Wirst du organisiert, lieber Freund?

Ja, ich setze das von dir voraus. Ich kann mir nicht helfen, ich muß den mich organisierenden Arbeiter für nicht vollständig angesehen.

Wie aber hast du dich für die Organisation gewonnen? Was hat bewirkt in der Organisation des Gewerkschaftsverbandes den tiefen Eindruck auf dich gemacht, daß du den Entschluß fassen? „Gut, ich werde also auch meinen Beitritt erklären.“

„Das ist gar keine so wichtige und gleichgültige Frage, ob du den Entschluß mit dem Kopfe oder auch mit dem Herzen gefaßt hast: ob du nur blug mit dem Kopfe, mit der kalten, nüchternen Berechnung, oder auch mit deinem Herzen, d. h. mit deiner Liebe bei der Gewerkschaft bist.“

einen Vorteil davon versprochen hast wie von einem Geschäft, oder ob du ihr im Stillen die Treue gelobt hast wie der Mann seinem Weibe und der Vater seinen Kindern.

Auf die erste Sorte von Mitgliedern kann sich die Gewerkschaft eigentlich gar nicht verlassen. Es sind diejenigen, die in der Gewerkschaft bloß eine Interessensvertretung sehen, so ähnlich wie die Geldmenschen in der Aktiengesellschaft. Weil ein Geschäft zu machen ist, sind sie dabei. Wenn keines mehr zu machen ist, so machen sie sich mit ihrem Kapital aus dem Staube. Winkt ihnen ein höherer, besserer Gewinn in einer anderen gewarteten Aktiengesellschaft, wappst wechseln sie dort hinüber, und ihre Herzen kann nun die andere der Teufel holen.

Die andere Sorte aber sieht in der Gewerkschaft etwas ganz anderes: der Gedanke, daß die Arbeiterklasse zusammenstehen muß, sich gegenseitig zu helfen und zu fördern, daß in der Gewerkschaft eine Bruderschaft ihre Form und ihre äußerliche Gestalt gefunden hat, beherzigt sie. Sie sehen die Gewerkschaft so ähnlich wie etwa die Menschen des Mittelalters ihren Dom: den haben sie nicht gebaut, um ein Geld zu profitieren, um ein Gewand für den Alltag dahingestellt und für die Bedürfnisse eines Augenblicks; das war vielmehr der lebendige Ausdruck des Gehüßes der Verbundenheit. Daran haben sie alle kräftig mitgearbeitet, und jeder hat einen heiligen Teil dazu beigetragen.

Die Gewerkschaft ist für diese deshalb auch etwas Hohes und Großes. In der Gewerkschaft wollen sie einer Idee dienen und an deren Verwirklichung mitarbeiten. Als die Stadt des 13. Jahrhunderts auftrat zum Bau des Domes, da hat sie gesagt: „Hier soll ein Gotteshaus werden.“ Der Bauherr hat geglaubt, wie das Gotteshaus werden sollte. Ein solches Bild des Gotteshauses hat er den Leuten vor die Seele gestellt und gefragt: „Wollt ihr mitbau?“ Und die Antwort ist dann erfolgt durch die Tat; es ist eine Eignung und Begünstigung in ihnen gewesen, daß niemand sich hat zurückziehen können, und daß jeder eifrig mitgearbeitet hat von der Opferfreude für das gewaltige Werk. Sie haben mächtige Quadern in die Fundamente gesetzt, haben mächtige Pfeiler und Säulen

gehoben und herbeigeschleppt, und wenn sie auch denken mußten, daß sie die Vollendung und Einweihung des Domes nicht mehr erleben — was macht das! Das Werk stand trotzdem als ein fertiges vor ihrer Seele, und ihre Freude war nicht geinger, weil sie an ihm mitbauen durften. Ja, auf des Mittelalters kam es an. Sie erzählten: „Wenn es fertig ist, so geht die Welt unter.“

Wirst du nicht in der Gewerkschaft auch eine Idee verborgen? Gibt es da nicht auch einen „Dom“ zu erbauen, ein Haus der Freiheit für den Arbeiterstand und andererseits der Solidarität für die Schicksalsverbundenheit derjenigen, die gemeinsam des Lebens Nöhen tragen? Handelt es sich nicht da um, daß die Stärke für den Schwachen sein will, um daß der Schwache durch den Starken und durch das Ganze emporgeschoben werden soll und wachsen über seine Schwächen hinaus? Ist das nicht ein Gotteswille, daß die Menschen frei sein sollen — anders was das Tier der Wildnis — d. h. frei in der Verbundenheit des Schicksals? Ist das nicht ein urch ältester Gedanke? Wirst du nicht der Geist der Bergpredigt, die Inne der Verbundenheit der Liebe der Gewerkschaft das Leben einzuhauchen? Wirst du nicht dadurch die Gewerkschaft eingegliedert werden ins Gottesreich, daß sie ein würdiges, tragendes Fundament dieses Gottesreiches wird und daß sie ihre Glieder freimacht und ihnen die Gewerkschaft als Träger des Lebens, Mitverantwortung zu sein?

Ja, Freund, wenn die Gewerkschaft nichts anderes wäre als ein Geschäft, so würde sie eines Tages vielleicht zerfallen wie ein Geschäft, das Bankrott gemacht hat. Gibt es nicht die Idee der Liebe, der Freundschaft, der Freundschaft, die dir zur Idee wird, zur Liebe, zur Freundschaft und Freundschaft, wenn du dich mit dem Herzen an sie hingibst, wie sie ehedem hingab und mit sich selber an den Fundamenten des Domes, und sie beständig sein. Gedanken kommen und gehen, wie gut und schlecht; die Liebe aber ist beständig, wenn sie den gemeinsamen vollen Bund schließt mit der lebendigen Idee. Steine sind Steine, man tritt sie mit Füßen. Gedanken kommen und gehen, wie gut werden gemeint und nehmen teil an der Weisheit des Gotteshauses. Auch Gewerkschaftsarbeit kann heilige Arbeit sein und für die heiligste Arbeit, wenn sie gemeint ist von Idee und Liebe.

# Dem Aufstieg unseres Standes

gilt die Tätigkeit der Betriebsräte. Darum darf kein Betrieb ohne Vertretung sein. Überall muß dafür gesorgt werden, daß sich die Arbeiterschaft bemußt wird, was bei den in nächster Zeit schon zu tätigen Betriebsrätewahlen für sie auf dem Spiele steht.

## Die neue Regierung und die Sozialpolitik.

In der programmatischen Erklärung, mit der Reichskanzler Dr. Luderer am 19. Januar vor dem Reichstag getreten ist, findet sich die folgende ausführliche Stelle über die Sozialpolitik:

Nur durch Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft kann auch die Grundlage gefunden werden, um die sozialpolitische Arbeit, die seit Jahrzehnten der Stolz des deutschen Volkes gewesen ist, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu festigen und weiter auszubauen. Für die Sozialversicherung war das Jahr 1924 ein Jahr des Wiederaufbaues. Die weitere Ausgestaltung ist uns soziale Pflicht. Die bereits in Vorbereitung befindlichen, diesem Zwecke dienenden Gesetzentwürfe sollen baldigst dem Reichstag zugeteilt werden. Dem nach wie vor drückenden Problem der Arbeitslosigkeit sucht die Reichsregierung durch Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und durch Errichtung einer Arbeitslosenversicherung gerecht zu werden.

Auch auf dem Gebiet des Arbeitsrechts soll kein Stillstand der Sozialreform eintreten, insbesondere glaubt die Reichsregierung, dem Wunsche aller Parteien entsprechend, ohne Verzug den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften unterbreiten zu können. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß die augenblickliche Arbeitszeitgesetzgebung nur ein durch die besonderen Zeitumstände gerechtfertigtes Nozrecht darstellt und daß die aus ihr erwachsenden sozialpolitischen Härten so schnell beseitigt werden müssen, als es die Besserung der Wirtschaftslage irgend zuläßt.

Was die Lohn- und Gehaltsentwicklung betrifft, so wird sich die Regierung dafür einsetzen, daß Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Durch Verbesserung der Indexberechnung soll größere Klarheit über die wirkliche Kaufkraft der Arbeitseinkommen geschaffen werden.

Die Regierung wird, soweit es mit den Maßnahmen gegen die Wohnungsnot vereinbar ist, in dem Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft fortfahren. Dabei wird sie sorgfältig die Bedürfnisse, die wirtschaftlich Schwachen und die kinderreichen Familien berücksichtigen, insbesondere wird sie nötigenfalls scharfe Maßnahmen gegen die wucherische Ausbeutung freierwohnender Räume vornehmen. Sie wird auch sonst bestrebt sein, das Los der Hilfs- und Fürsorgebedürftigen nach Kräften zu lindern.

Eine gesunde Sozialpolitik dient nicht etwa nur dem Wohle der Arbeitnehmer, sondern ist mit dem Gedeihen der Wirtschaft und des gesamten Volkes aufs innigste verknüpft. In ihr finden sich daher alle Stände zuammen. Sie sollen alle in sich gefunden und, selbsttätig ihre Interessen fördernd, dem Wohle des Ganzen dienen.

Dazu bemerkt die „Soziale Praxis“, das angesehenste Organ der Gesellschaft für soziale Reform:

„Diese Erklärung ist sichtlich äußerst sorgfältig abgefaßt. Es war von vornherein unabweisbar, daß eine Regierung, an deren Spitze Dr. Luderer, der selbst seit langen Jahren Ausschussmitglied der Gesellschaft für soziale Reform ist, steht und der der bewährte und langjährige Arbeitsminister Dr. Brauns angehört, den Stillstand der Sozialreform ankündigen würde. Die genannten Männer werden in Verbindung mit Dr. Gessler, dessen sozialpolitische Vergangenheit jetzt von einzelnen Parteien allzu sehr vergessen zu werden scheint, und mit Minister Schiele, der durchaus nicht, wie es in einem Teile der Presse hieß, dem sozialpolitisch rückwärtigen Flügel seiner Partei angehört, gewiß bemüht sein, die soziale Reformarbeit nicht einzuwickeln zu lassen. Das andererseits die Gegenkräfte gegen den sozialpolitischen Fortschritt innerhalb und außerhalb des Kabinetts augenblicklich recht stark sind, wird niemand verkennen können, der die Augen nicht gegen offenkundige Tatsachen absichtlich verschließt. Der Ruf nach dem sogenannten Bürgerblock, dessen Bewirkung weiten Volksteilen wie eine Verleugnung der im Weltkrieg bewährten wirklichen Volksgemeinschaft erschienen wäre, und die Befriedigung, mit der das neue Kabinett gerade von einem Teile der Presse, die nach dieser Parteikonstellation geizig hatte, aufgenommen worden ist, mußte die Arbeiterschaft weit über deren sozialdemokratischen Teil hinaus freudig machen. Es wird sich nun in der Praxis zeigen müssen, inwiefern Befürchtungen berechtigt sind, zu denen die Regierungserklärung als solche keinen Anlaß gibt.“

Das ist im wesentlichen auch unsere Meinung. Warten wir also die Taten der neuen Regierung ab. Daß es die Gewerkschaften an nichts fehlen lassen werden, um ihr das soziale Gewissen zu schärfen, davon dürfen die Mitglieder überzeugt sein.

## Die versagende Idee der „freien“ Gewerkschaften.

Nach der schweren Krise der vergangenen Jahre setzt allmählich ein neues Erwachen der deutschen Gewerkschaften ein. Alle Kräfte werden wieder wach und beginnen sich zu regen. Die Organisationen gehen erneut daran, die verlorenen Mitglieder zurückzugewinnen.

Da ist es interessant, die Art der Agitation, die auch seitens der „freien“ Gewerkschaften besonders lebhaft allgegenwärtig wieder aufgenommen wird, zu beobachten und auf ihren inneren Gehalt zu untersuchen. Zusammenfluß der Arbeiterschaft, um einem reaktionären Unternehmertum und seinen Verdrängungen begegnen zu können — Verherrlichung unserer Lage zu erzwingen“ ist die Haupt- und vielfach einzige Parole, die in den freigewerkschaftlichen Werbeveranstaltungen und Flugblättern ausgesprochen wird. Die grundsätzlichen Fragen, die früher vor dem Kriege und 1918/19 in der Agitation der freien Gewerkschaften eine so bedeutende Rolle gespielt haben, hüllt man sich anzuschließen. Bei Angriffen gegen die christlichen Gewerkschaften beliebt man nur Streitfragen rein faktischer Art oder von untergeordneter Bedeutung. Wenn Kommunisten und andere linksradikale Elemente — die erneut die freien Gewerkschaften mit ihrer Mitgliederhaft beglücken — dagegen solche Fragen grundsätzlicher Bedeutung

anschnelden, wenn sie etwa an die Durchführung des alten Programms erinnern oder da über zu diskutieren versuchen, weicht man geschickt aus: „Später, wenn die jetzige Krise der Gewerkschaften überwunden sein wird, sei für diese Diskussionen Gelegenheit — erst ist alles wieder aufzurichten.“

Wo aber ein solches Ausweichen durch das Aufeinanderprallen unserer christlich-nationalen und der freigewerkschaftlich sozialistischen Grundsätze nicht möglich ist und man notgedrungen Farbe bekennen muß, wo die abgelebten Agitationsphrasen gegen die christlichen Gewerkschaften nicht mehr verjagen — findet man für die einseitigen sozialistischen Agitations-Schlagworte Erklärungen wunderlicher Art. Materialismus und Internationalismus werden in der Auslegung der Verlegenheitsapostel zur höchsten christlichen Glaubenssolidarität. Für die Begriffe Klassenkampf und Sozialisierung erhält man Erklärungen, die ebenjotut der christlich-nationalen Idee und der Volksgemeinschaft entspringen könnten. Begriffsverwirrung oder Begriffsverdrängung? — möchte man sich unwillkürlich fragen.

Man könnte eins und einzig werden mit solchen Grundsätzen der „Herren von der andern Fakultät“, wenn — ja wenn man nicht den Grund dieser Umstellung der Begriffe als ein geschicktes, aber nur zu offensichtlich Manöver erkennen müßte:

Weil jene eigenen Propheten nur zu gut wissen, daß sie es nicht wagen können, der ernüchterten Arbeiterschaft diese Theorie des „Himmels auf Erden“ heute wieder aufzutischen, ersetzt man die fehlende Idee der Bewegung durch die Verdrehung der Begriffe.

Der schärfere prüfende Kritiker aber erkennt, daß die Bewegung mit dem Verjagen der „wissenschaftlichen“ Lehren des Sozialismus ihre eigenen tieferen Grundsätze — ihre tragende Idee verloren hat.

Die christlichen Gewerkschaften dagegen haben ihre Grundsätze und Ideen durch die Entwicklung bestätigt gefunden. Gegen die verlorene Idee der freien Gewerkschaften setzen sie die organisch gemachten, innerlich erklärten Ideen ihrer Bewegung. Ihre wirtschaftliche und soziale Zweckbestimmung beruht — aus dieser Erkenntnis der wirtschaftlichen Entwicklung (aus der die „Freien“ nichts gelernt haben) die Grundsätze der Standesolidarität und der Volksgemeinschaft. In erhöhtem Maße gilt es deshalb jetzt, der Arbeiterschaft diesen Mangel der freien Gewerkschaften zu zeigen. Es gilt, die Arbeiterschaft hinzuweisen auf das Verjagen der sozialistisch-materialistischen Gesichtsauffassung und den Verlust ihrer inneren tragenden Ideen und ihr die Erkenntnis der Grundsätze und Ideen unserer christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu vermitteln.

## Rückblick auf die Tätigkeit innerhalb der Arbeiterinnenbewegung unseres Verbandes im Jahre 1924.

Zur Zeit zählt unsere Arbeiterinnenbewegung 205 Arbeiterinnenkommissionen. Diefelben verteilen sich auf die einzelnen Verbandsbezirke wie folgt:

Nachen	13
Baden	18
Bayern	12
Barmen	45
Essen	11
Württemberg	23
W.-Glabbech	15
Hannover	21
Schlesien	15
Sachsen	6
Westfalen	24

Besondere Veranstaltungen für die Kolleginnen fanden im Verbandsgebiet im Jahre 1924 statt:

- 632 Kommissionssitzungen,
- 432 Arbeiterinnenversammlungen,
- 36 Arbeiterinnenabende (Festveranstaltungen),
- 10 Bezirksarbeiterinnentagungen,
- 24 Sekretariatsarbeiterinnenkonferenzen,
- 5 Volksbildungsabende,
- 55 Unterhaltungsabende (Familienabende).

Verschiedene Bezirke ließen sich die Schulung der Kommissionsmitglieder besonders angelegen sein. So wurden besondere Schulungsabende veranstaltet in den Bezirken: Nachen, Augsburg, Barmen, Bocholt, Eresfeld, Emsdetten, Gillingen, Eichsfeld, Freiburg, Gronau, Gmünd, Hannover, Kromen, Neustadt O. Schl., Nordhorn, W.-Glabbech, Münsterland, Rhept, Rheine, Sachsen, Stadthagen, Schiltorf, Urm, Waldshut und Waldkirch.

An den allgemeinen gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kursen beteiligten sich viele Kolleginnen, leider noch immer in sehr beschränkter Zahl. Wo jedoch besondere Gewerkschaftskurse für Kolleginnen eingerichtet wurden, konnte der Besuch der Kolleginnen, wie auch deren innere Anteilnahme an der zur Behandlung stehenden Fragen als sehr gut bezeichnet werden.

Kurse, die zur Allgemeinbildung dienen, veranstalteten die Bezirke Nachen, Barmen und Eresfeld. An kaufmännischen Kursen beteiligten sich Kolleginnen in Neustadt, Freiburg und Zittau. In Barmen besuchten zwei Kolleginnen die Textilschule. In Freiburg besuchten vier Kolleginnen die Volkshochschule.

Zusammenarbeit mit den konfessionellen Vereinen. Die Beteiligung der Kolleginnen an hauswirtschaftlichen Kursen war eine sehr gute. Diese Kurse wurden teils von konfessionellen Vereinen selbst, teils in Zusammenarbeit mit uns eingerichtet.

In freiwirtschaftlichem Verhältnis steht die christliche Arbeiterinnenbewegung mit den konfessionellen Vereinen. 35 gemeinsame Konferenzen und zwei gemeinsame Arbeiterinnenversammlungen sind in der Berichtszeit abgehalten worden. Ferner wurden von unseren Kolleginnen und Kollegen und zwei Kommissionsvorsitzenden insgesamt 57 Vorträge in konfessionellen Vereinen abgehalten.

Auf dem Gebiete des Arbeiterinnen- und Jugendschutzes ist nicht allein in allen Bezirken aufklärend in Wort und Schrift gewirkt worden, sondern auch durch Abstellung vieler Mis-

stände. Besonders seien erwähnt: Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen unterbunden, ungesegnet lange Arbeitszeit geregelt, Arbeitspausen eingeführt. Verhindert wurde, daß Männerarbeit Frauen übertragen wurde und ungesegnete Entlassungen der Kolleginnen erfolgten. Gegen das rücksichtslose Vorgehen eines Krankenkassenkontrolleurs wurde erfolgreich eingeschritten und gegen die völlig unberechtigte, zu strenge Kontrolle der Vertrauensärzte einiger Betriebskrankenkassen sind entsprechende Maßnahmen unternommen worden. Auf hygienischem Gebiet konnten in vielen Betrieben Verbesserungen erzielt werden.

Ferner wurde im Nachener Bezirk eine Eingabe an die Eisenbahnerverwaltung gemacht. Es wurde gefordert, daß die Wartehäuser kleiner Bahnhöfen frühzeitig geöffnet werden müssen, damit die Arbeiterschaft, die die Frühzüge benutzen muß, bis zur Ankunft der Züge nicht in Kälte und Nässe im Freien stehen muß und dadurch gesundheitlich gefährdet wird.

Literatur. An der Mitarbeit des Verbandsorgans beteiligten sich die freigestellten Kolleginnen unseres Verbandes, sowie fünf Kolleginnen aus dem Arbeitsverhältnis.

Das Frauenblatt der christlichen Gewerkschaften wurde in über 1000 Exemplaren unseren Arbeiterinnenkommissionen gratis zugestellt.

Die Broschüre „Arbeiterinnen- und Jugendschutz in der deutschen Textilindustrie“, von Franz Fischer, wurde allen unseren Betriebsratsmitgliedern kostenlos verabfolgt.

Auf Broschüren und Zeitchriften, die für unsere Kolleginnen besonders wertvoll sind, wurden dieselben stets aufmerksam gemacht.

Agitation. Agitatorisch sind unsere Kommissionsmitglieder sehr rührig gewesen. Ein abschließendes Resultat kann jedoch erst am Schlusse der Werbeaktion bekanntgegeben werden.

Wir können bei diesem kleinen Rückblick sagen, daß wir in jeder Beziehung ein Stück vorwärts gekommen sind. Die Werksammlungstätigkeit wie auch das Schulungswesen hat sich im vergangenen Jahr bedeutend wieder gehoben. Unserer Arbeiterinnenbewegung wurde auch von Seiten unserer Beamten großes Interesse und Unterstützung zu'eil. Das gleiche gilt auch von dem Verbandsvorstand. Dies beweisen unsere Verbandsgeneralversammlung und verschiedene Beamtenkonferenzen. Auf diesen Tagungen ward der Arbeiterinnen- und Jugendfrage viel Zeit gegeben, um dieselbe eingehend zu erörtern und über das Wohl der Kolleginnen zu beraten.

Durch die Bezirksarbeiterinnentagungen und Konferenzen wurden die Kolleginnen aufs neu über ihre Aufgaben als Kommissionsmitglieder unterrichtet, ihnen neue Anregungen gegeben und ihre Herzen mit neuem Mut erfüllt.

Auch andere Kreise sind auf unsere christliche Arbeiterinnenbewegung aufmerksam geworden. Eine Anzahl Damen in leitenden sozialen Stellungen unterstützen uns in vielen Dingen in unserer Bildungsbestrebungen für die Kolleginnen.

Die Arbeiterinnenbewegung gestellt haben, wollen wir nie aus den Augen lassen. Unsere ganze Arbeit wollen wir darauf einstellen.

Es gilt: Die Arbeitszeit in unserer Textilindustrie auf ein angemessenes Maß zu begrenzen. Die Lohnfrage im glänztigen Sinne für die Kolleginnen zu regeln, den uns zustehenden Arbeiterinnen- und Jugendschutz voll und ganz in Anspruch nehmen, um weitere Verbesserungen auf diesem Gebiete einführen zu können.

Vorbereitung für eine erfolgreiche Arbeit ist jedoch, daß die gesamte Arbeiterinnenmasse straff organisiert ist. Daher, Kolleginnen zunächst alles aufgeben, die unorganisierten Arbeitsschwärmer aufzuklären über die verhängnisvollen Folgen ihres Arbeitsstehens für sie selbst und die Arbeiterinnen in der Gesamtheit.

Wer nicht allein die Wirtschaftsfragen will unsere christliche Arbeiterinnenbewegung für die Kolleginnen regeln, sondern über diesen Rahmen hinaus ihre aktiveren sozialen Interessen im christlichen Sinne mit Nachdruck und aller Energie fördern. Daher auch der Anschluß unserer Arbeiterinnenbewegung an die Arbeitergemeinschaft der scharf Frauenberufende.

Sind die Zeiten auch schwer, so vermag ein fester Wille dennoch alle Widerwärtigkeiten und Hemmnisse zu überwinden, die sich unserem Aufwärtstreben entgegenstellen.

Sage nie, das kann ich nicht! Vieles kannst du, miß's die Pflicht. Alles kannst du, miß's die Liebe; Darum dich in beiden übe, in der Liebe und der Pflicht; Sage nie: „Das kann ich nicht!“

## Allgemeine Rundschau.

### Genossenschaften in Deutschland Ende 1924.

Nach den amtlichen Feststellungen bestanden Ende 1924 insgesamt 52 326 Genossenschaften. Davon waren Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht 22 768 und solche mit beschränkter Haftpflicht 29 558. Von der Gesamtzahl waren 21 602 Kreisgenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften 7134, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften 4117, landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften 4701, Konsumvereine 2408, Wohnungs- und Sparerinnenschaften 3795 usw. Neuanordnungen erfolgten im Jahre 1924 3367, Aufhebungen 2139, so daß ein Reinzugang von 1228 zu verzeichnen ist. — Man ersieht aus diesen Zahlen, daß der Genossenschaftsgedanke im deutschen Volke immer weiter um sich greift. Das muß für die Arbeiterschaft Veranlassung sein, auch ihrerseits das Genossenschaftswesen — Konsumvereine, Produktionsgenossenschaften usw. — mit allen Kräften zu fördern.

### Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über Genossenschaften und Gewerkschaften.

Genossenschaften und Gewerkschaften sind, ganz abgesehen von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für den Arbeiter, vorzügliche Schulen der Arbeiterstandsbewegung. In diesen Organisationen lernen Massen und Führer, in ihnen erprobt sich praktische Standesolidarität und echte Staatsbürgergestimmung. Durch sie steigt der Arbeiterstand empor und regert sich Gleichberechtigung und gleichem Wert neben anderen Sünden, die auf eine jahrhundertelange Vergangenheit zurückblicken. Sie sind wertvollste Keimzelle staatlichen Gemeinwohlens und tragen wesentlich dazu bei, Staat und Gesellschaft organisch fortzuentwickeln.

### Aus der Textilindustrie.

Die Krise in der englischen Textilindustrie. Obwohl in der letzten Zeit die amerikanische Baumwolle verarbeitenden Fabriken die Kurzarbeit etwas eingeschränkt haben, bleibt die Lage der englischen Textilindustrie

nach wie vor kritisch und, was schlimmer ist, es ist nur Aussicht auf weitere Verschlechterung vorhanden.

Interessante Einblicke in die Lage gewährt eine Sitzung des Komitees für Industrie und Handel vom 10. Dezember. In der Textilindustrie Englands ist eine Million Arbeiter beschäftigt. Vor dem Kriege betrug die Ausfuhr dieser Industrie etwa 25 Prozent der Gesamtausfuhr. Der Rückgang des Exportes zeigt sich in folgenden Zahlen: vor England 1913 noch 7 Yards Baumwolle und 1,5 Kg. Zwirn landete, sind die Ziffern heute nur noch 4 Yards Baumwolle und 1 Kg. Zwirn.

Die Konkurrenz der anderen Länder ist heute heftiger denn je, und die Entwicklung einer großen Textilindustrie in den Kolonien bedroht die einheimische Industrie. In Indien zum Beispiel ist die Tuchproduktion von 1.105.000 Yards im Jahre 1913 auf 1.794.000 Yards im Jahre 1923 gestiegen, während gleichzeitig der Verbrauch an Textilwaren infolge der steigenden Bevölkerung der Massen abgenommen hat. In Südamerika ist es besonders die Entwicklung der Textilindustrie in Brasilien und die Konkurrenz der Vereinigten Staaten und Italiens, die den Rückgang in der Ausfuhr englischer Textilwaren herbeigeführt hat. In China wird es England immer schwieriger, sich gegen die japanische Konkurrenz zu behaupten. Folgende Zahlen zeigen das Zurückdrängen Englands auf diesem Markt. Der Anteil an der Textilwareneinfuhr nach China betrug: 1913 für England 60 Prozent, für Japan 30 Prozent, 1920 für England 42 Prozent, für Japan 40 Prozent, 1921 für England 33 Prozent, für Japan 56 Prozent.

Neben der Entwicklung der Industrie in den früheren Absatzmärkten kommt noch die geringe Kaukraft der Agrarprodukte ausführender Länder als Ursache hinzu. Während zum Beispiel der Preis von englischen Textilwaren seit 1913 im Durchschnitt um 142 Prozent gestiegen ist, sind die Preise der Agrarprodukte Indiens in der gleichen Zeit um 34 Prozent gestiegen.

Die niedrigeren Löhne auf dem Kontinent veranlassen weiter viele englische Unternehmen, Stoffe zwecks endgültiger Bearbeitung und Weiterverarbeitung besonders nach Belgien usw. zu senden.

### Aus unserer Arbeiterinnenbewegung.

#### Arbeiterinnentagung in Coesfeld.

Ausgehend von dem Gedanken, daß ohne die praktische Mitarbeit der Kolleginnen die Aufbauarbeit in der Organisation nicht geleistet werden kann, hatte der Vorstand der Ortsgruppe eine besondere Veranstaltung für die Kolleginnen vorbereitet. Necht zahlreich hatten sich die Kolleginnen und Frauen gefunden, um sich bei einer guten Tasse Kaffee und Gebäck über die Gegenwartsaufgaben in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung auszulassen zu lassen. Die Tagung wurde durch den Kollegen Hecker eröffnet, der einleitend auf den Zweck der Veranstaltung hinwies. Die Kollegin Janßen aus Coesfeld, die selbst in Betriebe tätig ist, konnte in recht anschaulicher Weise den Kolleginnen klar machen, um welche wichtigen Fragen es sich in der Arbeiterinnenbewegung handelt. Es darf erwartet werden, daß die Ausführungen von den Kolleginnen beherzigt werden und auch für den Betrieb selbst die Anwendung daraus gezogen wird. Die Kollegin verstand es, den Kolleginnen von der Bedeutung der Frauenarbeit und von Berufsstand, sowie über Jugendberziehung eine richtige Aufklärung zu geben. Die Frage der Arbeitszeit, Arbeitslohn und Frauenschutz und Frauenwürde wurden ausgiebig behandelt. Der reiche Beifall hat wohl bewiesen, daß die Kollegin im Sinne der Gedanken der Arbeiterin gesprochen hat. Einige Pieder mit Musikbegleitung, sowie einige lustige Theaterstücke brachen die notwendige Abwechslung. Der Leiter der Konsumgenossenschaft Eintracht machte die Kolleginnen und Frauen mit der Bedeutung der Genossenschaftsbewegung gerade in heutiger Zeit vertraut. Auch hier zeigt sich, daß noch viel Aufklärung notwendig ist. Die Theaterabteilung des Jugendvereins gab noch einige lustige Theaterstücke zum Besten, die beifällig aufgenommen wurden. Alles in allem darf man die Veranstaltung als wohl gelungen bezeichnen und sich der Hoffnung hingeben, daß, nachdem auch die Arbeiterinnenkommission wieder neu verstarzt wurde, mit einem Erfolg gerechnet werden darf.

### Aus unseren Verbandsbezirken.

#### Andreas Huke-Heiligenstadt Mitglied des Deutschen Reichstages.

Bei den letzten Reichstagswahlen im Dezember vorigen Jahres kandidierte der Leiter unseres Coesfelder Sekretariatsbezirks, Kollege Huke von Heiligenstadt, dem Drängen vieler Gewerkschafter und seiner Parteifreunde nachgehend, an einer sicherer Stelle zum Reichstag. Infolge der Mandatsniederlegung des Abgeordneten Höfle ist nunmehr Huke an seine Stelle getreten. Einem Antrag des Kollegen Huke an den Zentralvorstand unseres Verbandes auf Beurteilung aus dem Verbandsdienst für die Zeit der Ausübung des Mandates hat der Vorstand stattgegeben. Der Kollege hat sich aber bereit erklärt, dem Verbande vor wie nach, soweit als nur in seinen Kräften lände, zu dienen.

Seit bald sechs Jahren hat Kollege Huke als Angestellter unseres Verbandes auf dem Coesfelder ge. Seine Zeit bei uns von Erfolg gekrönt. In den letzten Jahren war es hauptsächlich sein Werk, daß in 24 Ortsgruppen bald 2 1/2 tausend Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie des Coesfeldes unserm christlichen Textilarbeiterverbande zugeführt werden konnten. Aber schon lange vor seiner Aufstellung hat der Kollege in unermüdbarster Weise der Arbeiterin wertvolle Dienste leisten können. Viele Jahre hindurch war er als Ortsgruppenvorsitzender die Seele unserer Ortsgruppe in Neumünster in Holstein. Eine ganze Reihe von Jahren war er Mitglied unseres Verbandsausschusses. Bei seiner Aufstellung im Juli 1919 für den Verbandsdienst war er Angestellter der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Neumünster. Schon 24 Jahre lang ist er christlicher Gewerkschaftler.

Kollege Huke hat durch sein gemessenes und immer hilfsbereites Wesen, überall wo er sich hin war, für die Liebe und Achtung der Menschen in großen Maße erworben. Er ist ein stiller und bescheidener Charakter, der nicht im mindesten nach Ehrenposten und Würden gestrebt hat und wohl am allermeisten nach einem Mandat als Reichstagsabgeordneter. Wenn die Mitglieder des Coesfeldes ihm in ihrer Liebe ergehen sind und ihn mit einem Freund und Vater verehren, so nicht zuletzt wegen seiner Einfachheit und Bescheidenheit und wegen seines nie erlöschenden Eifers im Dienste der Arbeiterin. In Bezug auf seine Privatverhältnisse war es

allen Führern in unserer Bewegung immer ein leuchtendes Vorbild. Darum kann unser Verband sich freuen und darauf stolz sein, daß ein verdienstvoller Führer des Verbandes als Abgeordneter in den deutschen Reichstag einzieht.

Dem lieben Freund und Mitarbeiter wünschen wir von ganzem Herzen zu dem zwar hohen aber auch so verantwortungsvollen neuen Amt recht viel Glück. Hoffentlich ist ihm auch in seiner Tätigkeit für die Gesamtheit des deutschen Volkes als Abgeordneter recht großer Erfolg beschieden.

### Einheitliche Betriebsratswahl in der Crefelder Seiden- und Samtindustrie gesichert.

Die Bemühungen unserer Kollegen im Crefelder Bezirk, für die ganze Seiden- und Samtindustrie einen einheitlichen Wahltermin durchzusetzen, haben Erfolg gehabt.

Mit den Arbeitgeberverbänden wurden, um die einheitliche, reibungslose Durchführung der Wahlen zu sichern, folgende Termine vereinbart:

- Bis 28. Februar 1925: Wahl der Wahlvorkommission durch den Betriebsrat. Wo kein Betriebsrat besteht, hat der Betriebsinhaber einen Wahlvorstand aus den ältesten Beschäftigten zu bestellen. § 23 B.R.G.
- 7. März 1925: Aushängen der Wahlauschriften und Auslegen der Wählerliste.
- 11. März 1925: Letzter Einspruchstag gegen die Wählerliste. § 4 der Wahlordnung.
- 14. März 1925: Letzter Tag für Einreichung der Vorschlagslisten. § 3 Abs. 2 der Wahlordnung.
- 23. März 1925: Letzter Tag für Revision der Vorschlagslisten. §§ 6, 7, 8 der Wahlordnung.
- 24. März 1925: Aushang der Vorschlagslisten.
- 28. und 30. März 1925: Wahltag. § 9 und 10 der Wahlordnung.

In allen Betrieben, wo die Gefahr besteht, daß keine Betriebsvertretung zustande kommt, sind rechtzeitig Belegschaftsversammlungen anzuberaumen. Ein freigestellter Kollege steht für diese Versammlungen zur Verfügung.

Parole für die diesjährigen Betriebsratswahlen muß sein: Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung. Jedes geeignete Betriebsmitglied sollte es sich zur höchsten Ehre rechnen, Mitglied einer Betriebsvertretung zu sein. Eine Kandidatur als Betriebs- oder Arbeiterratsmitglied darf keinesfalls abgelehnt werden.

### Weitere Erfolge unserer Werbeaktion.

Nachfolgend aufgeführte Ortsgruppen haben im laufenden Quartale Mitglieder hinzugewonnen:

- Langenbickau 28.
- Neurade 14.
- Runzendorf 10.
- Ullersdorf 14.
- Ravensburg 72.
- Hj 22.
- Wegberg 28.
- Fulda 14.
- M.-Gladbach 165.

Allen noch säumigen Ortsgruppen zur Nachahmung empfohlen!

### Sekretariatsbezirk M.-Glabdach.

Auch für den M.-Glabbacher Bezirk ist ein einheitlicher Wahltermin für die Betriebsratswahlen festgesetzt worden. Die Kollegen und Kolleginnen werden gebeten, die unten angegebenen Termine einzuhalten. Betriebsvertretungen, deren Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, wollen freiwillig zurücktreten, um auf der ganzen Linie die Einheitlichkeit zu wahren. Für M.-Glabdach sind folgende Termine zu beachten:

- 5. März: Aushängen des Wahlauschreibens.
  - 9. März: Aushängen oder Auslegen der Wählerlisten.
  - 14. März: Letzter Tag für Einreichen der Vorschlagslisten (§ 3 der Wahlordnung).
  - 16. März: Zur Einsicht der Wähler werden die Vorschlagslisten ausgehängt.
  - 21. März: Letzter Tag zum Einspruch gegen die Vorschlagslisten.
  - 23. März: Letzter Tag zum Einspruch gegen die Wählerliste. Am letzten Arbeitstage der Woche vom 23. bis 28. März findet die Stimmabgabe statt.
- Für die Betriebsvertreter in Rhengierbad Umgegend folgende Termine:
- 28. Februar: Aushängen des Wahlauschreibens.
  - 4. März: Aushängen oder Auslegen der Wählerlisten.
  - 7. März: Letzter Tag für Einreichen der Vorschlagslisten.
  - 16. März: Zur Einsicht der Wähler die Vorschlagslisten ausgehängt.
  - 19. März: Letzter Tag zum Einspruch gegen die Vorschlagslisten.
  - 23. März: Letzter Tag zum Einspruch gegen die Wählerliste. Am letzten Arbeitstage der Woche vom 23. bis 28. März findet die Stimmabgabe statt.

Wir bitten, in allen Fragen, wo Unklarheit besteht, sich an die zuständigen Geschäftsstellen oder an die Bezirksleitung zu wenden.

### Berichte aus den Ortsgruppen.

**Coesfeld.** Die Generalversammlung unserer Ortsgruppe war zufriedenstellend besetzt. Von 14 Vorstandsmitgliedern wurden 11 neu gewählt. Neun jüngere Kollegen wurden mit einem Mandat betraut und können nunmehr ihre Kräfte in den Dienst des Verbandes stellen. Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden und der Kassenericht vom Kassierer erstattet. Nach den Wahlen des Vorstandes, der Revisoren sowie der Ortskassierbelegierten, berichtete Kollege Dörpinghaus über den Verlauf der Lohnbewegung in der Seidenindustrie. Die hiermit folgende Diskussion brachte den Willen zum Ausdruck, die Organisation zu stärken durch Zahlung der statutarischen Beiträge und Gewinnung neuer Mitglieder.

**Silpssdorf.** Generalversammlung. Mit voller Zufriedenheit können wir auf unsere diesjährige, am 31. Januar stattgehabte Vollversammlung zurückblicken. Der Vorsitzende konnte außer 45 Mitgliedern den Kollegen Goldberg, Jülan, sowie den allseitig beliebten Ortsleitern Herrn P. Reiter und Stieg begrüßen. Die Verhandlungsschrift wurde infolge Berührung des Schriftführers von Kollege Gerhard Klinge verlesen und für richtig befunden. Der Tätigkeitsbericht erstattete der Vorsitzende, Kollege Jantich. Die Arbeitsverhältnisse ha-

ben sich heuer gegenüber dem Vorjahre gleich zu Anfang des Jahres soweit gebessert, daß es vollständig arbeitslose Mitglieder gar keine gibt, jedoch sind derzeit wieder eine beträchtliche Anzahl Mitglieder nur teilweise beschäftigt. Die Mitgliederzahl ist von 171 auf 234 angewachsen, davon sind 73 männliche, 161 weibliche; drei Lücken rief der Tod in unsere Reihen, es sind dies Dulke Wemme, Heinrich Linke und Anton Jarschel. Ehre ihrem Andenken! Die bedeutende Mitgliederzunahme haben wir zum guten Teil der Einführung des sogenannten-Center Systems in der Lohnbestimmung zu verdanken, zum Teil aber auch durch Hausagitation erreicht. Zum Schluß forderte er alle Mitglieder auf, mitzuhelfen, die Mitgliederzahl der Gründungsjahre 1908-1910, zu erreichen. Der nun folgende Kassenbericht wurde mit Zufriedenheit angenommen und dem Kassierer die Entlastung durch Erheben von den Eigenen erteilt. Die Wahl des Vorstehenden ergab das bisherige Ergebnis, worauf der wiedergewählte Kollege Jantich den Vorsth weiterführte. Die weitere Wahl ergab folgendes Bild: Stellvertreter der Vorsitzenden Johann Rudolf 174, Schriftführer Bernhard Klinge, Kassierer Josef Geißler, Stellvertreter Bruno Linke, Unterkassierer Alois Donat, Josef Geißler, Adalbert Köster, Bernhard Klinge, in der Reserve Robert Luz; Beisitzer Josef Jarschel, Oskar Müller, Josef Linke, Josef Lieke, Emilie Donat; Revisoren Otto Dietrich, Heinrich Jantich. In der freien Aussprache fragte Kollege Jarschel bezüglich der Lohnhöhung an, worauf Kollege Goldberg in trefflicher Weise antwortete, indem er den Unternehmerstandpunkt kennzeichnet und den Stand der Lohnbewegung darlegte. Kollege Donat fragte wegen der Ferien an und Kollege Goldberg sagt, daß diese Frage von der Haltung der Arbeiterschaft selbst abhängt. Sodann verliest der Vorsitzende die letzte Durchführungsverordnung zum Center System; dieselbe sieht für länger organisierte und verarbeitete Mitglieder eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 50 bezw. 100 Prozent vor. Kollege Schuberger regt an, das voriges Jahr stattgefundene Vergütigen heuer, falls ungünstige Arbeitsverhältnisse sind, fallen zu lassen, sowie das Verhältnis zu Georgsmalbe freundschaftlich zu pflegen. Eine Anfrage des Kollegen Geißler bezgl. des Frauenblattes beantwortete Kollege Goldberg dahin, daß sich die Zentrale mit dem Gedanken trägt, dasselbe in absehbarer Zeit wieder einzuführen. Das eigentliche Programm war damit erledigt. Der Vorsitzende forderte nochmals auf, nicht nur zahlende Mitglieder zu sein, sondern folche mit Herz und Seele und besonders das Verbandsorgan zu lesen, dankt für das Erscheinen und wünscht für den noch anschließenden unterhaltenden Teil einige recht gemütliche Stunden. Der Unterhaltung wohnten dann auch die Mitglieder des Bekleidungsarbeiterverbandes bei, deren Generalversammlung zu gleicher Zeit im Nebenzimmer stattfand. Während der Unterhaltung erstattete Kollege Goldberg ein umfassendes, äußerst interessantes Referat. Reicher Beifall war der Lohn. Der Vorsitzende mahnte, wenn schon nicht die Worte, so doch wenigstens den Sinn festzuhalten und zu verbreiten. Wirklich gemütlich: Stunden verließen die Kollegen und Kolleginnen noch und ließen die Alltagsorgen für einige Zeit nicht auskommen. Möge das neue Jahr manchen Fortschritt bringen! Das wolle Gott!

**Köln.** Ehrung eines treuen Mitarbeiters. Am 31. Januar 1925 feierte der Kollege Josef Giesen, wohnhaft zu Köln-Rickendorf, das Fest der goldenen Hochzeit. Beide Ehegatten stehen im 75. Lebensjahre und erfreuen sich körperlicher Rüstigkeit. Seit langen Jahren Mitglied unserer Organisation, hat er sich immer reger um die Sache gekümmert und seinen Mann gestellt. Wir möchten wünschen, daß mancher junge Kollege nach der Seite hin sich so betätigt.

Unter der Belegschaft der Firma Felten Guilleaume, Abteilung Komar, steht der Kollege Giesen in allgemeiner Achtung und erfreut sich großer Beliebtheit. Davon zeugten die zahlreichen Geschenke, die ihm die Belegschaft zum Ehejubiläum darbrachte.

Wir wünschen, daß Kollege Giesen und seine Frau noch manches Jahr in so rüstiger Gesundheit weiter leben und wirken können und er mit der alten Treue und Opferwilligkeit für die Organisation sich betätigt.

### Briefkasten.

**W. S. in B.** Du fragst an, ob in Deinem Betrieb mit 57 Arbeitnehmern unbedingt ein 5 Personen starker Betriebsrat gewählt werden muß, oder nicht 4 Betriebsvertreter ausreichen seien. Keiner Der Aufbau der Betriebsvertretungen ist in §§ 15 ff. B.R.G. zwingend geregelt. Die Bestimmungen dürfen nicht willkürlich nach oben oder unten abgeändert werden. Wenn in diesem Falle 51 Arbeiter und 6 Angestellte in Frage kommen, dann muß der Betriebsrat 5 Mitglieder zählen. Die Verteilung auf Arbeiter und Angestellte erfolgt nach den Regeln des Verhältniswahlsystems unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 16 B.R.G. In Deinem Betrieb muß wie folgt gerechnet werden:

Arbeiter	51	Angestellte	6
(: 2)	25 1/2		
(: 3)	17		
(: 4)	12 3/4		
(: 5)	10 1/5		

Wenn nur die Höchstzahlen berücksichtigt würden, gingen die Angestellten vollständig leer aus. Der § 16 sagt aber, daß keine Gruppe weniger als einen Vertreter haben darf, wenn ihr mindestens fünf Personen angehören und diese nicht mehr als ein Zwanzigstel der Arbeitnehmer des Betriebes darstellen. Den sechs Angestellten steht also ein Vertreter zu. Es kommen, da der Betriebsrat nur 5 Mitglieder zählen darf, nur 4 Arbeitervertreter in den Betriebsrat. Zu diesen 4 Arbeitern kommt ein Ergänzungsmitglied für den Arbeiterrat hinzu, denn die reine Arbeiterzahl ist ja 51 und deshalb sind 5 Gruppenratsmitglieder zu wählen. Ergänzungsmitglieder dürfen nicht mit Ergänzungsmitgliedern verwechselt werden. Ein Ergänzungsmitglied steht auf der Liste und kann gegebenenfalls aufrücken, ein Ergänzungsmitglied ist aber vollberechtigter Vertreter im Gruppenrat.

### Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Was steht auf dem Spiele? — Die „Selben“ und das Betriebsratsgesetz. — Eine bedeutende Rundgebung gegen das Wohnungsleben. — Die neue Regierung und die Sozialpolitik. — Die vorliegende Idee der „freien“ Gewerkschaften. — Rückblick auf die Tätigkeit innerhalb der Arbeiterinnenbewegung unseres Verbandes im Jahre 1924. — Feuilleton: Was will die Gewerkschaft? — Vom Sinn der Gewerkschaft. — Allgemeine Rundschau: Genossenschaften in Deutschland Ende 1924. — Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über Genossenschaften und Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie: Die Krise in der englischen Textilindustrie. — Aus unserer Arbeiterinnenbewegung: Arbeiterinnentagung in Coesfeld. — Aus unseren Verbandsbezirken: Andreas Huke-Heiligenstadt Mitglied des deutschen Reichstages. — Einheitliche Betriebsratswahlen in der Crefelder Seiden- und Samtindustrie gesichert. — Weitere Erfolge unserer Werbeaktion. — Sekretariatsbezirk M.-Glabdach. — Berichte aus den Ortsgruppen: Coesfeld. — Silpssdorf. — Köln. — Briefkasten.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Duppeldorf 100, Lannenstr. 33.